

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 848-48 ppbm d



## Inhalt

Willy Brandt, SPD-Vorsitzender, warnt davor, den Bundespräsidenten am Volk vorbei zu wählen.

Seite 1/2

Claus Arndt, Mitglied der Bundesschiedskommission der SPD, wirft der Unternehmerlobby beim Deutschen Juristentag plumpe Manipulation vor.

Seite 3/4

Hermann Heinemann, Vorsitzender des Sportbeirates beim SPD-Vorstand, unterstreicht die verantwortungsvolle Sportpolitik der Sozialdemokraten.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 186

27. September 1978

Nicht in der Dunkelkammer entscheiden

Die Bundespräsidentenwahl darf nicht am Volk vorbeiführen

Von Willy Brandt

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Es bestand und besteht nicht die Absicht, den Bundespräsidenten in Wahlkämpfe hineinzuziehen. Aber es gibt zu denken, wie nervös die Unionsparteien auf den Hinweis reagieren, daß sich die große Mehrheit unseres Volkes durch den amtierenden Bundespräsidenten gut vertreten fühlt und daß es logisch wäre, Walter Scheel zu bitten, für eine zweite Amtsperiode zur Verfügung zu stehen.

Alle wissen: Der Bundespräsident wird durch die Bundesversammlung gewählt, also durch Frauen und Männer, die zuvor - bei den Wahlen zum Bundestag und zu den Landtagen - das Vertrauen der Wähler errungen haben. Eine Volkswahl gibt es nach unserer Auffassung nicht, aber

es sollte auch keine Wahl geben, die am Volk vorbeiführt. Es wäre fatal, wenn der Eindruck entstünde, über den höchsten Repräsentanten unseres Staates werde in Hinterzimmern oder Dunkelkammern entschieden.

Anfang April, also lange vor den gegenwärtigen Wahlauseinandersetzungen in Hessen und Bayern, habe ich angeregt, die Parteien sollten Walter Scheel die Wiederwahl antragen. Das würde dem entsprechen, worauf man sich 1954 vor der zweiten Amtsperiode von Theodor Heuss verständigte.

Die CDU hat gemeint, nicht antworten zu sollen. Herr Strauß ließ verlautbaren, man werde zu gegebener Zeit erfahren, wen die Unionsparteien zu wählen gedächten. Inzwischen hört man, die "Strategiekommission" von CSU und CDU wolle hierüber im Januar befinden. Wer weiß übrigens, ob es dann nicht schon den Anlauf zu einer bundesweiten Strauß-Partei geben wird?

Mit mir sind viele der Meinung: Es entspricht nicht der Würde von Amt und Person des Bundespräsidenten, wenn die Parteilengruppierung, die eine hauchdünne Mehrheit in der nächstjährigen Bundesversammlung darstellen könnte, allen Ernstes meint, jedenfalls auf einem Mann der CDU/CSU bestehen zu sollen, aber der interessierten deutschen Öffentlichkeit nach eigenem Gutdünken ein Jonglieren mit Namen zumuten zu können.

Es ist weder unsachlich noch gar unstatthaft, darauf hinzuweisen, daß bis zur Wahl des Bundespräsidenten noch fünf Landtage gewählt werden. Von der Zusammensetzung der Landtage hängt es ab, wie sich die eine Hälfte der Bundesversammlung schließlich darstellt. Ich bin froh darüber, daß in unserem demokratischen Staat der Bürger - im Rahmen, den die Verfassung vorsieht - mitwirken möchte bei der Wahl des Präsidenten, der unser Land im Innern und nach außen an seiner hervorragenden Stelle zu vertreten hat. (-/27.9.1978/vo-he/ber)

Plumpe Manipulation der Unternehmer  
-----

Nachlese zum 52. Deutschen Juristentag

Von Claus Arndt

Mitglied der Bundesschiedskommission der SPD

In der vergangenen Woche fand in Wiesbaden der 52. Deutsche Juristentag statt. Diese nicht nur durch ihr Alter von mehr als 100 Jahren ehrwürdige deutsche Juristenversammlung hat auch 1978 mit Ernst, Engagement und Sachkunde eine ganze Reihe wichtiger und aktueller Rechtsprobleme beraten und Beschlußempfehlungen für die gesetzgebenden Körperschaften dieses Landes gefaßt.

Als Beispiele seien nur die Neuordnung des Arztrechts, die für einen besseren Umweltschutz erforderlichen Ergänzungen des Verwaltungsverfahrens- und Verwaltungsprozeßrechts, die Problematik der Schaffung eines Einheitsrechtsmittels in Strafsachen oder die gesetzliche Neuordnung der sozialen Pflege- und Betreuungsverhältnisse genannt.

Davon soll an dieser Stelle jedoch nicht die Rede sein. Das politisch brisanteste Thema war sicherlich das der Arbeitsrechtlichen Abteilung. Es lautete: Sind im Interesse einer gerechteren Verteilung der Arbeitsplätze Begründung und Beendigung des Arbeitsverhältnisses neu zu regeln?

War es schon allen, die seit Jahren an den Arbeiten des Vereins Deutscher Juristentag teilnehmen, bei der dem eigentlichen Kongreß vorangehenden Mitgliederversammlung aufgefallen, daß eine nie erlebte Zahl von Teilnehmern sich an den indirekten Wahlen für das Leitungsgremium, die Ständige Deputation, mit fertig vorbereiteten Kandidatenlisten beteiligte, so wiesen die Stimmzahlen für die Wahlmänner anschließend aus, daß alles, was im Verdacht stand, auch nur liberal zu sein, auf weit abgeschlagenen Plätzen gelandet war.

Das traf eine der CDU angehörende prominente Richterin ebenso wie den früheren Präsidenten des Juristentages, den Bonner Rechtsanwalt Prof. Dr. Redeker, Sozios des inzwischen verstorbenen Strafverteidigers Prof. Dahs, der häufig Konrad Adenauer vor Gericht vertreten hatte. Den Höhepunkt erreichte der Versuch, den Deutschen Juristentag in eine bestimmte politische Richtung zu drängen, jedoch in der Arbeitsrechtlichen Abteilung. Hier sah man zwei mächtige, sich geschlossen im Saal setzende Stimmblöcke, die unter Anleitung von erkennbaren Stimmführern mit der Macht der Zahl alles im wahrsten Sinne des Wortes niederstimmten, was auch nur entfernt an eine Festigung oder Erweiterung der Rechte der Arbeitnehmer erinnerte.

Kein Argument eines noch so erfahrenen Arbeitsrichters oder gar gewerkschaftlich organisierten Juristen vermochte diese zwischen 350 und 400 Abstimmenden von ihrer vorbestimmten Route abzubringen. So verfielen Vorschläge, bestimmte Teile der ständigen Arbeitsgerichtsrechtsprechung zu kodifizieren, ebenso bedingungsloser Ablehnung wie etwa der Satz, daß es den Tarifvertragsparteien obliege, Vorkehrungen zu treffen, welche die Arbeitslosigkeit mindern, Arbeitsplätze sichern und die Diskriminierung einzelner Arbeitnehmergruppen unterbinden.

Man könnte die lange Liste der alternativlos mit Zweidrittelmehrheit abgelehnten Vorschläge beliebig verlängern; sie ließe sich in den schlichten Satz zusammenfassen, daß

der dort versammelten Mehrheit eben die ganze Richtung immer dann nicht paßte, wenn sie nicht voll dem vermeintlichen Interesse gewisser Arbeitgeber entsprach.

So überraschte es dann auch niemanden, als der Vorsitzende der Arbeitsrechtlichen Abteilung, der Hamburger Professor Zeuner, im Anschluß an seinen Plenarbericht bittere Klage darüber führte, wie die deutschen Arbeitgeber durch Freistellung und Entsendung einer dreistelligen Zahl von Syndici und anderer bei ihnen angestellten Juristen, die zum Teil Mitgliedschaft und Stimmberechtigung erst während des Juristentages erwarben, die juristische Fachdiskussion zu manipulieren sich bemüht hatten, während bis dahin stets das bessere Argument die Waffe des Juristentages gewesen sei.

Die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen hatte schon während des Kongresses in einer Presseerklärung auf die Manipulationen hingewiesen und die Frage aufgeworfen, ob auf dem Juristentag bei gesellschaftlich brisanten Themen in Zukunft Abstimmungen überhaupt noch sinnvoll seien.

Ein Lichtblick war es für die Reputation des Deutschen Juristentages, daß sein Präsident, der Stuttgarter Generalstaatsanwalt Weinmann, sich in der öffentlichen Schlußsitzung ebenso ruhig und gelassen wie energisch und klar gegen diese plumpe und offenkundige Manipulation durch bestimmte Unternehmerverbände verwahrte.

Wie sehr der Mißbrauch des offenen Diskussionsforums Juristentag durch deren Vertreter, von denen mancher das Wahlkampfemblem der CDU am Rockaufschlag trug, allerdings zu einem Bumerang für die Interessen der Arbeitgeber werden kann, sah ein alterfahrener Unternehmer nachträglich ein, als er sorgenvoll im kleinen Kreise fragte, wie diese zynische Machtdemonstration wohl auf die fast vollzählig anwesenden Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts acht Wochen vor der mündlichen Verhandlung über die Mitbestimmungsklage gewirkt haben möge.

Aber nicht nur im Blick auf Karlsruhe, sondern um der Sache selbst willen sollte niemand - von welcher Seite auch immer - das schlechte Beispiel der Arbeitgeber in Wiesbaden nachzuahmen versuchen. Nur die Argumente eines auch wirklich argumentierenden Juristentages werden im Lande gehört werden und Beachtung finden.

(-/27.9.1978/vo-he/ben)

Verantwortung für den Sport

Weitsichtige Initiativkraft der sozialdemokratischen Sportpolitik

Von Hermann Heinemann

Vorsitzender des Sportbeirates beim SPD-Parteivorstand

Die SPD hat in den letzten Jahren nachdrücklicher als andere Parteien in der Bundesrepublik Deutschland ihre sportpolitische Eigenständigkeit und weitsichtige Initiativkraft programmatisch herausgearbeitet und öffentlichkeitswirksam dargestellt.

Es gilt, die geschichtliche Einheit und Volkstümlichkeit der sozialdemokratischen Sportpolitik - entsprechend der 115-jährigen Parteigeschichte - als wichtigen Bestandteil der deutschen Sozialdemokratie nach innen und außen offensiv zu vertreten und als zuverlässige Vertrauensbasis für den organisierten Sport in Vereinen und Verbänden, aber auch im wissenschaftlichen Bereich, deutlich zu machen.

So wie die durchgehende sportpolitische Programmatik die Gewähr für Geschlossenheit, die Orientierungs- und Überzeugungsfähigkeit der SPD-Sportpolitik in Bund, Ländern und Gemeinden bietet, läßt sie andererseits ausreichenden Spielraum für die Ausfüllung und Anreicherung mit landespolitischen, regionalen und kommunalen Gegebenheiten.

Der SPD-Wählerinitiative kommt verstärkt zwischen Wahlperioden Bedeutung zu, weil damit glaubwürdig dargestellt werden kann, daß die SPD die Mobilisierung zur Mitwirkung und Einbringung von Sachverstand auf allen Ebenen der Partei nicht nur aus "aktuellen Wahlanlässen" verfolgt. Besondere Anerkennung verdient das Engagement der Mitglieder und Freunde dieser Initiative, die - wie schon bei den Bundestagswahlen - jetzt vor allem im hessischen Landtagswahlkampf Ministerpräsident Holger Börner und die SPD mit beispiellosem Einsatz unterstützen.

Die ausgezeichnete Ausgangsposition, die sich die SPD-Sportpolitik gegenüber den anderen Parteien in den letzten Jahren erarbeitet hat, geht vor allem auf die

praxisnahe Programmatik, die Bereitschaft zur Kritikfähigkeit gegenüber Fehlentwicklungen im organisierten Sportbereich, das glaubwürdige sportpolitische Engagement der sozialdemokratischen Führungspersönlichkeiten, die Aktionen der Wählerinitiative und die erheblich verbesserte und einfallreiche Öffentlichkeitsarbeit zurück. Vertrauen schafft die Erfolge und Fortschritte in der Sportförderung, die vor allem dort vorzuweisen sind, wo Sozialdemokraten in Bund, Ländern und Gemeinden (z.B. Nordrhein-Westfalen, Hessen, Bremen, Hamburg und Berlin) in der Sportpolitik Verantwortung tragen. Diese Entwicklung dürfte auch anlässlich des bundeszentralen "Tag des Schulsports" am 2. Oktober 1978 in Kiel deutlich werden.

Hinzu kommt die generelle Aufwertung der Sportpolitik durch die SPD im Deutschen Bundestag und den Länderparlamenten. Ausgehend von dieser positiven Entwicklung gilt es jetzt, die offensive Informations- und Programmpolitik gegenüber den Sportorganisationen und den sportwissenschaftlichen Einrichtungen, Organisationen und Institutionen sowie dem Pressewesen fortzusetzen. Es muß sichergestellt werden, daß auf allen Ebenen der Partei die Konstituierung von Sportbeiräten und Fachkommissionen - unter Hinzuziehung von Sachverständigen - vollzogen und arbeitsfähig gehalten werden. Durch regelmäßige Sportforen und Fachtagungen kann bewiesen werden, daß der Sport und seine Förderung fester Bestandteil in der gesellschaftspolitischen Arbeit der SPD ist.

Diesem Ziel dient die zentrale SPD-Arbeitstagung "Sport-Gesundheit-Bildung", die am 20. November dieses Jahres in der Bonn-Bad Godesberger Stadthalle mit der Absicht durchgeführt wird, sozialdemokratische Politik für die Bürger auf diesen Gebieten noch deutlicher zu machen sowie Aufgaben und Zielsetzungen für die 80er Jahre zu erarbeiten.

(-/27.9.1978/va-he/ben)